

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 4

Artikel: Die Wiedergeburt der Türkei
Autor: Welsch, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157205>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Probleme Staat und Wirtschaft. Keineswegs in kulturell-geistiger Beziehung. In dieser Hinsicht sind auch die Anhänger der neuen Front an der Luzerner Akademikertagung aufrichtig liberal geblieben. Aber auch jene, die heute um der sozialen Idee und nicht um des Parteidogmas willen der Sozialdemokratie angehören, werden die Forderungen der neuen Front nicht ohne weiteres von sich weisen. Denn diese fordert Breite, will umfassend, Gemeinschaftsidee sein. Vielleicht vermag sie vorerst dem Freisinn, der schon längst nicht mehr liberal im historischen Sinne ist, darnach gar der allgemeinen Parteikonstellation ein neues Gesicht zu geben. Die sympathische Aufnahme, die diese Gedanken in Luzern bei einzelnen Führern der Partei fanden, — auch ausgesprochene Gegner fehlten leider nicht —, deutet darauf hin.

Noch ist die Idee der neuen Front kein Gemeingut, nicht ausgebaut, erst Keimzelle. Die Zürcher Studentengruppe, deren Gedankenkreis ich hier zu schildern suchte, wird ihr Programm weiter diskutieren. Da sie Konzentration der Kräfte und politische Realität erstrebt, wird sie für sich keine politische Sonderstellung fordern, sondern die Pflege des neuen Gedankens im Rahmen derjenigen Partei versuchen, die sie zur Luzerner Tagung berief. Diskussionen im engen Verband führen allzu leicht zur Selbstüberschätzung. Fruchtlose akademische Auseinandersetzungen gibt es zur Genüge. Allein im größeren Rahmen einer Partei, in der Realpolitik, wird es sich zeigen, ob diese Ideen wirklich schweizerisches Gemeingut, ob sie verwirklicht werden können.

Die Wiedergeburt der Türkei.

Von Otto Welsh, München.

Die Überwindung des Vertrages von Sèvres.

Am 8. August dieses Jahres sind es zehn Jahre her, daß der Vertrag von Sèvres, nach der „disziplinierten“ Besetzung Konstantinopels durch die Engländer und entsprechenden ultimativen Drohungen von dem dem Sultan treu gebliebenen Kabinett Damad Ferid Pascha, unterschrieben wurde. Er bedeutete die tiefste Erniedrigung des türkischen Volkes, vollkommene territoriale Aufteilung des Landes, Verlust der Souveränität und der wirtschaftlichen Existenzbedingungen des Staates.

In Europa fiel die neue Grenze annähernd mit der Tschataldschalinie, dem letzten Geländeabschnitte vor den Toren der Hauptstadt, zusammen. Ganz Ost-Thrazien war den Griechen zugesprochen, für die Meerengen ein internationales Sonderregime vorgesehen. Smyrna mit Hinterland sollte von Griechenland verwaltet, und außerdem ein „unabhängiger“ (lies „griechischer“) Pontus-Staat zwischen Samsun und Trapezunt am Schwarzen Meere errichtet werden. Ein „selbständiges“ Armenien (unter amerikanischem Protektorat) schloß sich an der persischen Grenze an. Die Engländer schnitten sich aus den Petroleumfeldern um Mossul ein ebenso

„autonomes“ Kurdistan heraus. Die Franzosen hatten Kilikien mit Alexandrette okkupiert, und das ganze Gebiet bis nach Diarbekir, die Italiener Adalia bis Konia-Kutahia als ihre Interessens-Zone erklärt. Mit der Abtretung der arabischen Staaten brauchen wir uns bei dem gestellten Thema weiter nicht zu befassen, weil sie nach dem Nationalitäten-Prinzip tatsächlich nicht zur Türkei gehörten, und nicht mehr von ihr beansprucht wurden. Was von Anatolien — der nationalen Türkei — übrig blieb, war ein Kumpfstaat, dessen Hauptstadt ohne Hinterland, jenseits eines Meeresarmes, und in einem anderen Kontinente lag, der vom ägäischen Meere durch fremde Interessengebiete abgeschlossen, am Schwarzen Meere seiner besten Häfen beraubt, von Rußland durch neugebildete Pufferstaaten getrennt, und den englisch-französisch-italienischen Umtrieben wehrlos ausgeliefert war. Alles in allem ein Gebilde, dessen Lebensunfähigkeit auf der Hand lag, und in dem der Vernichtungsgedanke seiner Urheber klar zum Ausdruck kam.

Die feindliche Besetzung hatte am 30. Oktober 1918 an der türkisch-arabischen Sprachgrenze — in der allgemeinen Linie von Aleppo-Mosul Halt gemacht. Die arabischen Länder waren damit von dem Osmanischen Reiche abgetrennt. Aber die Regierung des Sultan hätte sich zu jenem Zeitpunkte ebenso schon mit ihrem Verluste abfinden können, wie es später die nationalistische tat, — ohne deswegen den Kampf überhaupt einstellen zu müssen. Denn mit der Erreichung der obengenannten Linie änderte sich die strategische Lage der türkischen Armee mit einem Schlage zu ihren Gunsten. Ihre Flanke, die bei dem ganzen Rückzuge durch Syrien vom Meere her bedroht war, wurde wieder frei. Die Pässe des Amanus und des Taurus konnten mit schwachen Kräften gegen starke Übermacht gehalten werden. Und ein Kardinalpunkt, die Armee, d. h. die türkischen Bestandteile derselben, denn andere kamen ja nicht mehr in Betracht, war nicht von kommunistischem Gifte verseucht. Sie war geschwächt, übermüdet, die von der Katastrophe direkt betroffenen Einheiten auch teilweise demoralisiert, — aber treu und willig. Sie hätte weiter gekämpft, wenn der Sultan es verlangt hätte. Und auch das Volk hätte den Krieg noch Monate geduldig ertragen, zumal die Nachricht von dem Zusammenbruche in Palästina noch kaum zu ihm gedrungen war.

Man wird vielleicht einwenden, daß bei der Fortsetzung der Feindseligkeiten Konstantinopel oder Smyrna von der Entente besetzt worden wäre. Aber zur Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen von Mudros waren die Dardanellen noch immer in der Hand der Türken. Die Minensperre war noch ebenso intakt wie 1915, und die V. Armee stand seit drei Jahren nur für den Zweck von deren Verteidigung an den Küsten von Kleinasien und Galipoli bereit. Die Engländer hatten noch genug von ihrem ersten Dardanellenangriff. Es hätte ihnen zum mindesten neue beträchtliche Anstrengungen und Opfer gekostet, die Meerengen, eine Landung bei Smyrna oder das Taurus-Defilee zu erzwingen, zu denen weder sie, noch die Franzosen in jenem Augenblicke Kraft oder Lust besaßen.

Übrigens wäre selbst der vorübergehende Verlust von Konstantinopel in dem Existenzkampfe der Türkei ohne ausschlaggebende Bedeutung ge-

wesen. Die alte Hauptstadt war nach ihrer exzentrischen Lage zwar von Anatolien, aber nicht umgekehrt dieses von Konstantinopel abhängig, was auch der spätere Freiheitkampf deutlich gezeigt hat. Die Verstimmung der Sowjetrepublik über die ohne sie beabsichtigte Lösung der Meerengenfrage bot eine wirksame Basis, um von ihr diplomatische und materielle Unterstützung zu erhalten. Bei abschnittweisem Zurückgehen in das Innere von Anatolien, wo die nachfolgenden Feinde weder Eisenbahnen noch Straßen, weder Lebensmittel noch Wasser vorfanden, hätte die Türkei auch im Herbst 1918 noch Monate durchhalten können, und die Entente vor unangenehme Entschlüsse gestellt.

Endlich waren die Mächte in ihrem Willen, die Türkei für immer zu vernichten, auch keineswegs einig. Ihre Interessen gingen im Orient zu sehr auseinander, als daß sie sich noch zu einer energischen gemeinsamen Kriegsoperation hätten aufraffen können. Die Amerikaner hätten ihnen vor allem die Gefolgschaft in Anatolien verweigert. Und daß die drei anderen Mächte keine Lust verspürten, ihr eigenes wertvolles Blut noch einmal einzusetzen, geht schon aus der geschichtlichen Tatsache hervor, daß sie zwei Jahre später die griechische Armee als den Gerichtsvollzieher von Sèvres vorgeschickt haben.

Es kann nach allem kein Zweifel bestehen, daß die Lage der Türkei bei den Verhandlungen in Mudros verhältnismäßig günstig war. An der Südgrenze von Anatolien hätte der militärische Widerstand fortgesetzt werden können, und es wäre die Pflicht der Pforte und ein Gebot der Klugheit gewesen, einen solchen von langer Hand her ins Auge zu fassen und mit allen Mitteln vorzubereiten.

Wir wissen aus den Veröffentlichungen Mustaph Kemal Paschas, daß er schon damals die Lage so einschätzte, aber sich vergeblich bemühte, seiner Ansicht im türkischen Kriegsministerium zum Siege zu verhelfen. Es ist sein persönliches Verdienst, daß er die politischen und militärischen Möglichkeiten klarer erkannte, als die Sultansregierung. Sein ganzer späterer Kampf war nichts anderes als die logische Ausnützung dieser Erkenntnis, die sich mit dem Willen zur Tat, dem Mute der Verantwortung verband, und auch nicht vor der letzten Konsequenz — dem Kampfe gegen den Sultan — zurückschreckte. So wurde er der Vater der Anatolischen Revolution, der Sieger von Dumlupınar über die Griechen, und Überwinder des Vertrages von Sèvres. Er verwandelte die militärische Niederlage der Osmanischen Türkei im Weltkriege in den diplomatischen Sieg von Lausanne, und zwang dort seine Feinde, den neuen türkischen Staat als vollwertig und gleichberechtigt anzuerkennen.

Die Erstarkung des Türkismus. Das Geheimnis des Kemalismus.

Die Geschichte der Neuen Türkei ist ein Schulbeispiel dafür, wie das Unglück einem Volk zum Heile gedeihen kann. Ohne den Weltkrieg wäre kein Sèvres, ohne Sèvres kein Lausanne gekommen. Und ohne den Sturz der Unionisten kein Kemalismus!

Schon die jungtürkische Revolution von 1908, welche als die eigentliche Geburtsstunde des türkischen Nationalismus betrachtet werden muß,

hat versucht, aus dem Chaos der osmanischen „Völker“ eine „Nation“ zu schaffen. Der ottomanische Staatsgedanke hatte jedoch keine Lebenskraft, und zerbrach — trotz der aufgeklärten politischen Grundsätze der damaligen Machthaber — teils an den Sonderinteressen der okkupierten, aber nicht assimilierten Bevölkerungsrasen, teils an pan-islamischen oder turanischen Ideen, die den Türkismus des jungtürkischen Komitees verwässerten. Erst die Katastrophe von 1918, die das Reich der Osmanen zertrümmerte, und ihr Volk an den Rand des Abgrundes brachte, bescherte den Türken die nationalen Landesgrenzen, und damit die Möglichkeit nationaler Konzentration, die sie beide, ohne Schicksalszwang, sonst wohl kaum jemals gefunden hätten.

Durch die Abtrennung der arabischen Provinzen wurde die Türkei auf ihre eigenen Füße gestellt und mußte sich auf sich selbst besinnen. Die Besetzung Kleasiens durch die Griechen entfachte den Haß des ganzen Volkes, und ließ es um das bedrohte „Vaterland“ zittern, das es vorher kaum gekannt hatte. Der Sieg an der Sakaria gab ihm den Glauben an die eigene Kraft, die Aufhebung der Kapitulationen in Lausanne das Vertrauen zur Regierung und an die Zukunft zurück. Die Abschaffung des Kalifats brachte dem türkischen Nationalstaate die Befreiung aus den Fesseln des Pan-Islamismus, der die Reformbestrebungen aller früheren Regierungen, selbst wenn sie ernst gemeint waren, verhindert hatte. Die Modernisierung des Eherechts und die Emanzipation der Frau führte dem Staat Millionen neuer produktiver Arme zu. Und mit der nationalen Politik, deren Schlagwort hieß: „Platz für die Türken!“, eröffnete die Angoraregierung der neuen Generation den Weg und die Anwartschaft auf Daseinsmöglichkeiten, die bisher der Hauptsache nach von fremden Elementen des Osmanischen Reiches mit Beschlag belegt worden waren.

Der damit aufs engste zusammenhängende Paragraph des Lausanner Vertrages über die Vertreibung der Griechen und Armenier aus dem Lande kam der nationalen Konzentrierung außerordentlich zustatten. Er ließ nur noch in Konstantinopel eine nennenswerte christliche Minderheit weiterbestehen. Aber es blieben auch noch mohamedanische Minderheiten genug, — wie die Kurden und Tcherkessen, Tataren, Lazen und Araber —, die erst für den neuen Türkismus gewonnen werden mußten.

Laut Lausanner Vertrag stand den in der Türkei lebenden Angehörigen anderer Nationen das Recht der freien Option zu, dessen Auswirkung ursprünglich von den Feinden der Türkei allerdings im umgekehrten Sinne gedacht war, als sie tatsächlich eintrat. Die Armenier, die Erbfeinde der Türken unter der Herrschaft der osmanischen Dynastien, waren die ersten, die unter Führung ihres Patriarchen als geschlossene Gemeinde auf ihre Sonderrechte verzichteten und sich zum Türkismus bekannten. Die Juden, ein großer Teil der Albaner, Bosniaken und Araber folgten. Sie haben alle mit der Erwerbung der türkischen Staatsangehörigkeit die Verpflichtung übernommen, die türkische Sprache zu erlernen, und sich ohne politische Hintergedanken dem Wohle der neuen Heimat zu widmen.

Schwieriger war die Assimilierung in den östlichen Provinzen, wo im Jahre 1925 Monate lang der Aufstand des Kurdenreichs Said ge-

tobt hatte. Hier versuchte die Regierung die Lösung des Problems auf doppeltem Wege. Einmal durch Vermehrung und Umgestaltung der Schulen. Und zum anderen durch die Übersiedelung von einigen Tausend kurdischer Familien — dortiger Notablen von zweifelhafter politischer Gesinnung — nach West-Anatolien, wodurch die zurückbleibende Bevölkerung von der traditionellen Macht und Zinsherrschaft der feudalen Stammeshäuptlinge befreit und für den türkischen Staatsgedanken gewonnen wurde. Auch gegen die Tscherkesen, die im Kriege gemeinschaftliche Sache mit den Griechen gemacht hatten, sowie gegen Tataren und Lazen mußten teilweise ähnlich energische Maßnahmen angewandt werden.

Eine der vielen großzügigen Reformen, die zur Befreundung der europäisch orientierten Volksteile mit dem Neu-Türkismus wesentlich mit beigetragen hat, war das moderne Gesetzbuch (in Gestalt des Schweizerischen Zivilgesetzbuches), dessen Einführung schon allein durch die Trennung von Staat und Kirche notwendig geworden war. Es stärkte, zusammen mit den stabilen Richtlinien in der äußeren Politik, der Aufstellung eines geordneten Budgets, einer zielbewußten Verkehrspolitik u. a., das Zusammengehörigkeitsgefühl der ehemals verfeindeten Rassen, und das Vertrauen, daß es sich künftig in der Türkei ebenso gut und sicher würde leben lassen, wie in einem europäischen Kulturstaate. Mit der obligaten Annahme des Hutes sind alle Minderheiten vor dem türkischen Gesetze gleichberechtigt geworden. Der Hut ist das äußere Zeichen des Loyalismus und das Symbol des Türkismus.

Die kemalistische Regierung begnügte sich jedoch nicht damit, die nationale Idee innerhalb der engeren Grenzen zu verbreiten. Sie versucht auch, von der Tatsache ausgehend, daß der heimatische Boden die doppelte Zahl von Bewohnern ernähren könnte, diese mit allen Mitteln zu vermehren, und hat sich das Ziel gestellt, alle Angehörigen der türkischen Rasse in Anatolien zu vereinigen. Zu diesem Zwecke verfolgt sie zunächst eine aktive Einwanderungspolitik, die schon mit dem Austauschparagraphen des Lausanner Vertrages begann. Die Abwanderung von etwa 1½ Millionen Griechen ist durch die Rückwanderung der in Griechenland ansässig gewesenen Türken kaum zur Hälfte gedeckt. Dagegen leben in den anderen Balkanstaaten, auf Cypern und Rhodos, im Kaukasus und Persien, im Irak und in Syrien noch eine Menge Vertreter der türkischen Rasse, die nach mehreren Hunderttausenden zählen, und die dort das Los völkischer Minderheiten teilen. Sie sollen mit der Zeit dem Lande zurückgewonnen werden, und die Regierung hat namhafte Summen in ihrem Budget, sowie entsprechende Ländereien in verschiedenen Gegenden bereitgestellt, die den Einwanderern zur Verfügung stehen werden.

Endlich wird von der Regierung eine zeitgemäße Ausländerpolitik verfolgt, welche durch die Aufhebung der Kapitulationen nötig, aber auch erst dadurch möglich wurde. Während es früher den Untertanen der Großstaaten und deren Nachkommen erlaubt war, Jahrhunderte lang in der Türkei zu leben, ohne die Staatsangehörigkeit erwerben zu müssen, indem sie sogenannte „Levantiner“ blieben, paßt sich das neue Gesetz in dieser Beziehung den allgemeinen internationalen Grundsätzen an. Auch behält

die türkische Frau, die mit einem Ausländer verheiratet ist, die türkische Nationalität, und Kinder von Fremden, die in der Türkei geboren werden, sind türkische Bürger.

Aus all diesen Maßnahmen geht die feste Absicht der türkischen Machthaber hervor, den sprichwörtlich gewordenen kosmopolitischen Charakter der Bevölkerung mit allen Mitteln zu bekämpfen, ihre Zahl zu erhöhen, und sie zu einer nationalen Einheit zu verschmelzen. Daß dies in ethnographischer Beziehung nicht mehr restlos gelingen kann, ist eine Folge der geschichtlichen Entwicklung. Auf politischem und verwaltungstechnischem Gebiete ist man auf dem besten Wege hiezu. Das Ergebnis der im Herbst 1927 stattgefundenen ersten allgemeinen Volkszählung, durch welche die Einwohnerzahl der Neuen Türkei auf etwa 14 Millionen Menschen festgestellt wurde, wird für die künftige Bevölkerungspolitik wertvolle Fingerzeige und Unterlagen liefern.

In welchem Grade die nationale Verschmelzung unter der türkischen Republik bereits erreicht ist, davon hat der Besuch Mustapha Kemal's in Stambul Zeugnis abgelegt, als er diese Stadt im Sommer 1928 seit acht Jahren zum ersten Male wieder betrat. Sie hatte sich geschmückt wie eine Frau, deren Geliebter aus der Schlacht heimkehrt. Die Triumphpforten mit Lichtguirlanden, die sich von einem Minaret zum anderen spannten, verehrten ihn wie einen Gott. 500,000 Menschen waren von früh bis abends auf den Beinen, um ihn zu sehen. An den Küsten des Bosporus standen sie in schwarzen Mengen, oder zogen ihm entgegen auf allen nur denkbaren Fahrzeugen. Selbst die kleinen Dampferchen, die seit Menschengedenken nur den Verkehrsdienst auf dem Goldenen Horn versahen, trauten sich auf das offene Meer hinaus, und um die Mittagsstunde hatte sich vor den Prinzeninseln eine zahllose, funterbunte Flotte versammelt, wie sie die Marmara noch nie auf ihren Wogen getragen hatte. Als die Präsidentenacht „Ertogul“, geführt von der „Hamidie“, von Ismid herannahte und um den Leuchtturm von Fener Bagtsche bog, um nach einer Runde über Skutari-Bejlerbey vor der Sultansresidenz von Dolman Bagtsche zu ankern, da löste sich die allgemeine Spannung und Begeisterung in überwältigenden Ovationen für den „Gazi“ und Nationalhelden, in die sich das Heulen der Sirenen und der Salut der Suleimanie-Batterien mischte.

In unseren europäischen Ländern, mit ihrem ausgeprägten, aus einer 1000jährigen Überlieferung herausgewachsenen, und in der Kriegsepoche gesteigerten Nationalitätsgefühl, sind solche Augenblicke vaterländischer Erhebung nichts Ungewöhnliches mehr. Für den muhamedanischen Orient aber, von dem man gewöhnt war, daß er die nationalen Bande unter der religiösen Gemeinschaft verkümmern läßt; für die Türkei, die noch vor wenigen Jahren ein Amalgam von einem halben Hundert verschiedener Rassen und Völker, ohne gemeinschaftliche Kultur, ohne ökonomisches System, ohne eigenen nationalen Typ war, und für ein Volk, dessen Sprache für den Begriff des „Vaterlands“ ein Wort aus dem Arabischen entlehnen muß, — war der Empfang, den Stambul dem türkischen Staatspräsidenten

bereitete, ein Ereignis von so hervorragend politischer Bedeutung, daß auch das Ausland nicht daran vorübergehen kann.

Muſtapha Kemal hat dem türkiſchen Volke ein „Vaterland“ gegeben, auf welches es ſtolz iſt! Er hat das Gebäude des neuen Staates mit einer Seele erfüllt, die unbewußt ſchon lange in dem anatoliſchen Körper ſchlummerte, und deren Symbol er ſelbſt iſt. Daher die übermenſchliche Verehrung, die er genießt. Und darin liegt auch das Geheimnis des faſt widerſtandsloſen Sieges des Kemalismus, einer Revolution, die von heute auf morgen Umwälzungen hervorgebracht hat, wie kaum eine andere vor ihr in Generationen. Er hat zugleich mit der Zerreißung des äußeren feindlichen Ringes auch innere, alte und überlebte Feſſeln geſprengt, die den Fortſchritt gehemmt, und nach deren Beſeitigung ſich der einfache, wie der gebildete Mann des Volkes ſeit Generationen geſehnt hat.

Verkehrs- und Industrie-Politik.

Die Reformen der kemaliſtiſchen Regierung erſtrecken ſich auf alle Gebiete des ſtaatlichen und bürgerlichen Lebens im Sinne einer vollkommenen Angleichung derſelben an europäiſche Verhältniſſe. Wir möchten aus der großen Zahl der politiſchen Umwälzungen und wirtſchaftlichen Neuerungen nur die zwei herausgreifen, die für die Entwicklung des zurückgebliebenen Landes als die dringlichſten und notwendigſten erſcheinen: Eiſenbahnbau und Industrialiſierung.

Das türkiſche Eiſenbahnprogramm vom Frühjahr 1927 iſt, als Ganzes betrachtet, ſowohl bezüglich der Schienenlänge, wie der damit verfolgten Ziele, eines der größten, das in zivilisierten Ländern in einem Zuge entworfen und in Angriff genommen wurde. Seine Grundlinien wurden von drei Geſichtspunkten beherrſcht: von der Verlegung der Hauptſtadt, von der Änderung der Landesgrenzen und von der Notwendigkeit der Aufſchließung und räumlichen Verbindung der anatoliſchen Provinzen. Wenn das Programm durchgeführt iſt, wird Angora nicht mehr lediglich der politiſche, ſondern auch der wirtſchaftliche Mittelpunkt des Landes ſein; es wird eine direkte Verbindung zwiſchen dem Schwarzen und dem Mittelmeere beſtehen, und die Regierung wird in der Lage ſein, ihre militäriſchen Machtmittel gegen innere oder äußere Feinde raſch in jeden Winkel des Landes zu entſenden.

Der Hauptſtrang geht von Angora in rein öſtlicher Richtung über Siwas nach Erſinghan, und ſchließt in Erzerum an die während des Krieges von Rußland gebaute Linie Karſ-Alexandropol an, die in Tiſlis endet. Von dieſer Hauptlinie ſollen zwei Arme nach Norden laufen: durch das reiche Kohlengebiet von Angora nach Ereğli, und durch das Zentrum der Tabakproduktion, von Siwas nach Samsun. Und ein dritter nach Süden: der über Kaiſarie bei Ulu Ahiſla die Verbindung mit der Bagdadbahn, und dadurch indirekt über Adana mit dem Golf von Alexandrette herſtellt. Außerdem wird noch eine Linie aus Kilikien über Malatia nach Diarbekir geführt, die eineſteils der Ausbeutung der wertvollen Kupferminen von Urghana Maden dient, und andernteils in ſtrategiſcher Beziehung die jetzt die ſyriſche Grenze bildende Bagdadbahn erſetzen ſoll. Endlich wird von der Julius

Berger Tiefbaugesellschaft in Berlin eine Anschlußbahn von Kutahia (an der Anatolischen Bahn) nach Balikesri (an der Smyrna-Panderma-Linie) gebaut.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Zwecken verdienen diese Pläne auch noch politische Beachtung, weil sie Zeugnis davon ablegen, mit welchem Geschick İsmet Paşa es versteht, der nationalen Selbständigkeit auf allen Gebieten zum Siege zu verhelfen. Die neuen Bahnkonzessionen erinnern in nichts mehr an diejenigen der Osmanischen Regierung, um die sich die europäischen Mächte wegen ihrer politischen Konsequenzen gerissen, und untereinander verfeindet haben. Sie bringen keine Schürfrechte oder andere Vorteile mehr mit sich. Zwischen der Regierung und der Baugesellschaft herrscht das Verhältnis von Arbeitgeber und -nehmer. Der letztere arbeitet und wird bezahlt nach Akkord, Zug um Zug, und wenn die Arbeiten fertig sind, ist die Linie türkisches Staatseigentum. Die Verträge zeigen jedoch auch, daß das internationale Kapital der Stabilität und Finanzkraft der Türkei wieder ihr Vertrauen entgegenzubringen beginnt, was sich auf die verschiedenen finanziellen Reformen, den Ausgleich des Budgets, sowie hauptsächlich auf die Regelung der Vorkriegsschulden und die Wiederaufnahme des Zinsendienstes gründet.

Seitdem die Türkei in Lausanne ihre wirtschaftliche Souveränität zurückgewann, und die Aufgabe der Kapitulationen durchgesetzt hat, ist sie auch bestrebt, die Industrialisierung des Landes zu beschleunigen. Sie braucht dazu natürlich das ausländische Kapital und die Unterstützung der europäischen Industrie. Sie sucht sie, und ebnet ihr die Wege mit allen Mitteln, aber unter strenger Wahrung ihres Hausrechtes. Das neue türkische Motto: „Aus eigener Kraft“ konnte auf diesem Gebiete nicht aufrecht erhalten werden. Es wurde durch den Grundsatz: „In eigener Regie“ modifiziert, und hat dadurch viel von seinem früheren Anstrich der Fremdenfeindlichkeit verloren. Die zahlreichen Konzessionen des letzten Jahres zeigen jedenfalls, daß selbst unter Achtung der türkischen Souveränität für das fremde Kapital immer noch etwas zu verdienen ist.

Als ein bemerkenswerter Schritt der Angoraregierung zur Belebung der türkischen Industrie muß noch das „Industrie-Förderungs-gesetz“ erwähnt werden, das verschiedene Erleichterungen in bezug auf Zoll, Steuern und Kredit u. s. w. bietet. Die türkische Regierung gibt dadurch in gewisser Beziehung aus freien Stücken wieder zurück, was sie mit der Liquidierung der Kapitulationen genommen hat, aber zugunsten der eigenen Industrie. Der nationalistische Kurs der türkischen Wirtschaftspolitik, der unverkennbar ist, darf übrigens nicht überschätzt werden. Die Forderung von 50 %iger Beteiligung des türkischen Kapitals und türkischen Personals an allen Gesellschaften z. B. enthält, wenn man sich ihr objektiv gegenüberstellt, vielleicht ebenso viele Vorteile wie Nachteile. Ihre Gefahr verliert auch dadurch, daß sie von vorneherein bekannt und in die Kalkulationen mit einbezogen werden kann. Andere Anordnungen tragen auch vielfach mehr prinzipiellen Charakter, um der türkischen Wirtschaft grundsätzlich zur Anerkennung zu verhelfen, und haben in der Praxis heute schon manche Abschwächung erfahren.

Auf jeden Fall erscheint, abgesehen von allen Detailsfragen, der Augenblick zur Anlage fremden Kapitals in der Türkei nicht als ungünstig. Noch harret dort eine Reihe von großen Problemen auf dem Gebiete des Städtebaus, in der Hebung von Bodenschätzen, in Land- und Forstwirtschaft, bei der Anlage von Straßen und Häfen, Elektrizitätswerken und Fabriken der Lösung. Innerhalb von fünf Jahren werden 2500 km neuer Schienenstränge eröffnet werden, die eine Vervielfachung der Kohlenproduktion von Heraclea ermöglichen, und dem Innern Anatoliens einen Strom schaffender Energie zuführen werden, die sich in Industrien und Produktion jeder Art umsetzen. Die nächsten Jahre werden für die Entwicklung der türkischen Industrie von entscheidender Bedeutung sein und ausländischem Kapital und Unternehmergeist wird dabei unter Umständen eine nicht unbedeutende Rolle zukommen.

Ausblick.

Europa ist der türkischen Revolution nicht ohne Skepsis gegenübergestanden. Der Versuch, ein Volk und einen Staat von oben bis unten und von heute auf morgen umzukrempeln, muß fast als ein wahnwitziges Unterfangen erscheinen. Aber für den Augenblick haben die Tatsachen aller Skepsis Unrecht gegeben. Die Diktatur Mustapha Kemals ist von allen ähnlichen Regierungsformen der Nachkriegszeit die absolute. Kemal hat, seitdem er in der Krisis vom August 1921 zum Generalissimus ernannt und seinen „Befehlen“ die Kraft von „Gesetzen“ zugesprochen worden war, niemals eine Vormundschaft geduldet, oder nennenswerte Opposition erfahren. Seine Führernatur und sein staatsmännischer Blick haben das junge Staatswesen durch alle Klippen der Außen- und Innenpolitik glücklich hindurchgesteuert. Seine Partei — die republikanische Volkspartei — hat in der Nationalversammlung von 315 Sitzen 315 Stimmen inne. Es besteht überhaupt keine andere legale Partei im Lande. Und so sicher es ist, daß es auch ansehnliche Kreise gibt, die mit dem gegenwärtigen System unzufrieden sind, so sind doch keine Anzeichen vorhanden, daß die Weiterentwicklung der türkischen Republik auf dem eingeschlagenen Wege in nächster Zeit innen- oder außenpolitisch gestört werden könnte.

Die einzige Frage ist: in welchem Maße und Tempo sich das türkische Volk, namentlich auf dem Lande, an die Neuordnung der Dinge wird anpassen können; und was geschehen würde, wenn der Diktator heute seine Augen schließen sollte. Aber beide Fragen sind nicht akut, und darüber Prophezeiungen anzustellen, wäre müßig. Die Antwort, ob das Experiment des Kemalismus geglückt ist, kann, ebenso wie beim italienischen Faszismus, einmal nur die Zukunft geben.